



Erfolgreiche Integration

Eine Chance für Ausländer und Deutsche

Klaus Schlie

„Schleswig-Holstein soll auch in Zukunft ein offenes und gastfreundliches Land bleiben. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur Notwendigkeit, sondern politische Chance und Ziel unseres politischen Handelns“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Schlie unter Hinweis auf das Eckwertekonzept der CDU zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern aus Mai 2001, das nach wie vor das politische Handeln der CDU bestimmt.

Die CDU-Eckpunkte erheben Forderungen zu den Bereichen Sprachkompetenz, Schule und Bildung, islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, Ausbildung und Arbeit, Landes- und kommunale Verwaltung, Sicherheit und Polizei und Vereine, Kultur und Religion.

Für die CDU bedeutet eine erfolgreiche Integrationspolitik, dass beide Seiten aufeinander zugehen. Integration bedeutet Toleranz für andere Lebensart einerseits und das Bemühen, sich einzufügen, andererseits. Integration stellt Anforderungen an beide Seiten, wobei beide Seiten sich gegenseitig auch nicht überfordern dürfen.

Es muss allerdings unmissverständlich festgestellt werden, dass Integration nicht Assimilation ist. Sie verlangt nicht die Preisgabe von Eigenheiten, von religiösen und weltanschaulichen Identitäten und von gewachsenen Traditionen. Ziel der Integrationspolitik der CDU ist es aber genauso eindeutig, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Eine multikulturelle Gesellschaft im Sinne eines dauerhaften, neuverbundenen Nebeneinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher oder ethnischer Gruppierungen ist nicht akzeptabel und führt zum Verlust des Zusammenhalts und der Identität einer Gesellschaft.

Die CDU erwartet von den rechtmäßig schon hier lebenden und den noch nach Deutschland kommenden Ausländerinnen und Ausländern die Anerkennung der Verpflichtung, sich aktiv um die Einordnung und die Teilnahme am Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland zu bemühen.

Klaus Schlie (MdB) ist innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag und Mitglied des Kompetenzteams von Peter Harry Carstensen

Dies beinhaltet das eindeutige Bekenntnis zum Grundwertekanon des Grundgesetzes, gesetzestreu Verhalten, den Respekt vor den gewachsenen Grundlagen des Zusammenlebens in Deutschland und die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache.

Ein ausreichendes Maß an Integrationsangeboten und Infrastrukturressourcen und ein Konzept für eine insgesamt erfolgreiche Integrationspolitik mit klaren Aufgabenzuweisungen ist zwingend erforderlich.

Der Weg zu einer erfolgreichen Integration kann nur über die deutsche Sprache führen. Die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss von Schul- und Berufsausbildung sowie für die erfolgreiche Bewerbung um einen Arbeitsplatz.

Konkrete Verpflichtungen zum Erlernen der deutschen Sprache, verbunden mit einem System von Anreizen und Sanktionen können deshalb dazu beitragen, dass bleibeberechtigte Ausländer möglichst früh die deutsche Sprache erlernen und dadurch die Grundlage für eine erfolgreiche Integration schaffen.

Für Kinder müssen bereits in der „Vorschulzeit“ Deutschförderkurse angeboten werden und, um die Sprachkompetenz in den Familien zu stärken, müssen – gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung und Chancengleichheit – spezielle Sprachlernprogramme für Frauen angeboten werden. (...)

Schulen mit hohem Ausländeranteil stehen vor einer besonderen Herausforderung. Die Schüler ausländischer Herkunft müssen deutsch lernen und in deutscher Sprache lernen, und sie müssen in größerer Zahl als bisher einen qualifizierten Abschluss erreichen. (...)

Muslime bilden die größte nicht christliche Religion in Deutschland. Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens haben ein Recht auf Religionsunterricht, denn die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses ist ein Grundrecht. Zur Ausübung der Religionsfreiheit gehört, dass die Voraussetzungen für einen der staatlichen Schulaufsicht unterliegenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an den öffentlichen Schulen geschaffen werden.

Er kann Kinder aus islamischen Elternhäuser in ihrer religiösen Identität stärken, ohne sie in die Arme fundamentalistischer Strömungen zu treiben oder ihrer tatsächlichen Lebensumwelt zu entfremden. Dadurch,



dass der Unterricht der staatlichen Aufsicht unterstellt ist, wird gewährleistet, dass keine fundamentalistischen Ideologien vermittelt werden.

Der Islam als Religion darf nicht mit der politischen Bewegung des Islamismus gleichgesetzt werden.

Muslime und Angehörige anderer Religionen haben das Recht, ihren Glauben in Deutschland bekennen, bewahren und praktizieren zu können. Dazu gehört auch die Gründung eigener Gemeinden, der Bau von Gebetshäusern und die Einrichtung von Begräbnismöglichkeiten entsprechend ihren Glaubensvorschriften.

Ein besonders Problem besteht in der Konzentration/Ghettobildung von Ausländern, hier insbesondere von Türkinnen und Türken. Eine Folge dieser Konzentration/Ghettobildung ist zum einen, dass sich Parallelgesellschaften bilden und dass sich nicht selten Deutsche zunehmend als Fremde in ihrem eigenen Land fühlen.

Der demokratische Staat schützt alle Menschen in seinem Herrschaftsbereich vor Kriminalität. Ausländerkriminalität und Kriminalität gegen Ausländer sind nicht hinnehmbar. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen vor Bedrohungen und Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund geschützt werden.

Im Interesse der Ausländer, die sich integrieren wollen, ist es notwendig, dass diejenigen Ausländer, die illegal einreisen, schwerwiegende, kriminelle Handlungen begehen oder rechtskräftig als Asylbewerber abgelehnt sind, so schnell wie möglich abgeschoben werden.

Ziel der Integrationspolitik der CDU ist die gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland. Sie setzt Gesetzestreue, Sprachkompetenz und das Respektieren der Grundlagen des Zusammenlebens in